

**perspektiven des demokratischen
sozialismus**

Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse
und Reformpolitik

30. Jahrgang 2013 Heft 1

ISBN 978-3-89472-589-1

ISSN 0939-3013

Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes
der HDS von Nils Diederich, Iring Fetscher,
Helga Grebing, Leo Kißler und Karl Theodor
Schuon

Redaktion: Bernhard Claußen, Klaus Faber,
Horst Heimann, Arne Heise, Ulrich Heyder,
Jens Kreibaum, Thomas Meyer,
Roland Popp, Walter Reese-Schäfer,
Hans-Joachim Schabedoth,
Klaus-Jürgen Scherer, Joachim Spangenberg.

Redaktionsleitung:

Roland Popp

eMail: rpopp-perspektiven@email.de

HDS-Geschäftsstelle:

c/o Kulturforum

WBH, Wilhelmstr. 141

10963 Berlin

Weitere Informationen unter:

www.hds-perspektiven.de

www.perspektiven-ds.de

Verlag und Abo-Vertrieb:

Schüren Verlag GmbH,

Universitätsstr. 55, D-35037 Marburg

Informationen zu *perspektiven ds* und zum
Verlagsprogramm des Schüren Verlags finden

Sie im Internet: www.schuere-verlag.de

Die *perspektiven ds* erscheinen zweimal im

Jahr. Einzelpreis 9,90 €, Jahresabo 16,90 €

incl. Versand. Der Bezugspreis für HDS-

Mitglieder ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

© Schüren Verlag GmbH

Alle Rechte vorbehalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben

nicht unbedingt die Meinung der Redaktion

wieder. Für unverlangt eingesandte Manu-

skripte wird keine Haftung übernommen.

Anzeigenverwaltung: Schüren Verlag

Druck: Gruner-Druck, Erlangen

*Der demokratische Sozialismus bleibt für uns
die Vision einer freien, gerechten und solidari-
schen Gesellschaft, deren Verwirklichung für
uns eine dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip
unseres Handelns ist die soziale Demokratie.*

Hamburger Grundsatzprogramm der SPD

Bundestagswahl 2013

perspektivends
1/13

INHALT

Editorial	4	Christian Demuth Demokratie und Partizipation bei einer neuen Bundesregierung	56
THEMENSCHWERPUNKT: BUNDESTAGSWAHL 2013			
Hans-Joachim Schabedoth Nach Schwarz-Gelb – Der politische Kurswechsel ist fällig	6	Andrea Wicklein / Klaus Faber Nach der Bundestagswahl: Neuer Start für Bildung und Wissenschaft	63
Wolfgang Schroeder Soziale Marktwirtschaft 2.0	13	BEITRÄGE UND DISKUSSIONEN	
Oliver Schmolke Deutschland 2020 – Was auf uns zukommt	22	Roland Roth Für eine Demokratie-Enquete des Deutschen Bundestages	67
Michael Müller Ein brückenloser Abgrund. Warum die Energiewende eine Chance ist	28	Horst Heimann Keine Zukunft – ohne Geschichte. Peter Brandts und Detlef Lehnerts eindrucksvolle Studie über die Geschichte der Sozialdemokratie von 1830 bis 2010	73
Edelgard Bulmahn Zukunft der Hochschulen sichern. Grundfinanzierung stärken und international sichtbare Spitzenforschung ermöglichen	35	Reinhard Hildebrandt Staat, Markt, Individuum: Zivilgesellschaftliches Engagement und seine Begrenzungen	86
Ursula Engelen-Kefer Zur Wiedergewinnung des verlorenen Vertrauens in die Politik	41	Lars Rensmann Demokratie und Gerechtigkeit zwischen Partikularismus und Kosmopolitismus. Zur Rekonstruktion sozialdemokratischer Menschenbilder in Geschichte und Gegenwart	99
Klaus-Jürgen Scherer Sozialdemokratie und Kulturpolitik. Kleine historisch-programmatische Skizze	48		

Yves Clairmont

Vom Neoliberalismus zu viel und immer das Gleiche. Die Autoren des «Kulturinfarkt» fordern mehr Markt statt Musikschulen 113

Denis Newiak

Das Ende des Mangels. Warum der technologisch-wissenschaftliche Fortschritt ein neues Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell einfordert 119

Tobias Kühne

Eine kleine Ergänzung zu den Anmerkungen und Fragen des lesenden Sozialisten Horst Heimann 133

BERICHTE UND REZENSIONEN

Joachim H. Spangenberg

Bericht vom Internationalen Kongress der IG Metall «Kurswechsel für ein gutes Leben» in Berlin vom 5.-7.12.2012 137

Helga Grebing

Rezension zu Willy Brandt: Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte 140

Helga Grebing

Rezension zu Timm Genett: Der Fremde im Kriege. Zur politischen Theorie und Biographie von Robert Michels 1876–1936 142

Autorinnen und Autoren 145

EDITORIAL

Seit ihrem Wahlsieg von 2009 hat die schwarz-gelbe Bundesregierung nichts «Gescheites» zustande gebracht. Zumindest für die meisten Bürger dieses Landes. Bei den großen Aufgaben, bei denen etwas im positiven Sinne auf den Weg gebracht wurde, hat sich die CDU/CSU-FDP-Regierung zumeist an Positionen der SPD angehängt. Positionen, die von der Merkel-Regierung vor Jahren noch heftig bekämpft wurden, die aber nach und nach in das Regierungshandeln so eingeflochten wurden, als wären es eigene politische Konzepte. Man erinnere sich nur an die Debatte um die Finanzmarkttransaktionssteuer, von der SPD gefordert und von der Merkel-Regierung zunächst abgelehnt. Und heute: Selbst Merkel will nun die anderen (noch skeptischen) europäischen Staaten von einer Variante der Finanzmarkttransaktionssteuer überzeugen. Dass ein SPD-Landesminister dies nun wieder zurückdrehen möchte, ist mehr als ein Bonmot! Man erinnere sich an die Einführung eines Mindestlohns, auch hier das gleiche Spiel: Von der SPD (und den Gewerkschaften) gefordert, von der Merkel-Regierung abgelehnt. Und heute: Von der Merkel-Regierung mit einem etwas anderen Namen versehen, sind CDU und sogar die FDP versucht, das zunächst als «Teufelszeug für die Wirtschaft» denunzierte Instrument der Mindestlöhne zumindest teilweise einzuführen.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung steht in der Bevölkerungsmeinung ziemlich schlecht da. Aber paradoxerweise genießt Angela Merkel breite Sympathien, auch bei

jenen Bürgerinnen und Bürgern, die nicht zur Union tendieren. Offensichtlich gefällt vielen der politische Habitus, mit dem Merkel moderierend, manchmal bedächtig und abwartend, ihre Politik vertritt.

Was bleibt aber jenseits der Politik, so wie sie uns Merkel immer gerne präsentiert? Die politischen Kampfzonen zeigen da ein anderes Bild: Immer mehr Bürger empfinden und kritisieren, dass die Balance der sozialen Gerechtigkeit in den letzten Jahren zunehmend im Schwinden ist. Lebensperspektiven lassen sich für viele Menschen nicht vernünftig organisieren, Lebens-Sicherheiten, die etwas den Alltagsdruck dämpfen, sind schwierig in einer sozialen Marktwirtschaft, die eher vom Leitbild geprägt ist: «Wer hat, dem wird gegeben.» Gleichzeitig gibt es eine wohlhabende Mittelschicht (von den Superreichen ganz abgesehen), die sich auf ein beruhigendes materielles Polster stützen kann. Was sich hier also immer weiter entwickelt, sind Parallelwelten der Kampfzonen und der Komfortzonen. Anschlussfähigkeiten, würde es in der Sprache der Systemtheorie heißen, sind nicht mehr gegeben.

Es ist unbestritten: Deutschland ist wirtschaftlich ein mächtiges Land in Europa. Aber das ist nur zum geringsten Teil auf die Merkel-Regierung zurückzuführen, deren schönrednerisches Erfolgstrallala durch vier einfache Wahrheiten in die Schranken gewiesen werden muss. Die gegenwärtige wirtschaftliche Stärke Deutschlands resultiert aus (1) demografischen Entwicklungen, (2) innovativen Veränderungsprozessen in

der Wirtschaft, (3) der Fachkompetenz vieler Arbeitnehmer und den (4) sozialpolitischen Neuorientierungen, die vielen Bürgern viel abverlangt haben und noch weiter abverlangen. Die Agenda 2010 war in diesem Sinne «giftig, aber in Teilen wirksam» (so überschrieb die Süddeutsche Zeitung einmal die eingegangenen Leserbriefe zu «Zehn Jahre Agenda 2010»).

Sicherlich wird bei der Bundestagswahl 2013 auch darüber abgestimmt, ob die Bürgerinnen und Bürger der Sozialdemokratie Vertrauen entgegenbringen, ob das teilweise Eingeständnis über so manche Fehlentwicklungen, die sie in ihrer Regierungszeit zu verantworten hat, als glaubwürdig empfunden wird. Bis heute erscheint die leichte Selbstkritik vielen (gerade sozialdemokratisch orientierten Menschen) als zu zaghaft, zu vorsichtig, nicht radikal und deutlich genug. Die Frage ist also auch eine Frage

nach der Glaubwürdigkeit der SPD im Jahre 2013. Glaubt man dieser SPD, wenn sie eine auf grundsätzliche Gerechtigkeitsprinzipien orientierte Politik ankündigt?

Die Beiträge in unserem Schwerpunkt «Bundestagswahl 2013» verfolgen in unterschiedlicher Perspektive und in unterschiedlichen Politikfeldern, was es mit der sozialen Wirklichkeit im Jahr 2013 auf sich hat. Zwar wird jede Wahl immer auch von Personen mit ihren Eigenheiten und Besonderheiten geführt, und diese Bundestagswahl ist auch eine Auseinandersetzung zwischen Angela Merkel und Peer Steinbrück. Aber sie ist, neben der Personenauseinandersetzung, auch eine Auseinandersetzung über eine Politik der sozialen Gerechtigkeit.

*Viele Anregungen beim Lesen wünscht
Roland Popp*